



Reinhold Würth ist Teil des deutschen Wirtschaftswunders. Mit einem Brief an die Belegschaft erregt er jetzt Aufsehen.

# Im Kampf gegen rechts

**Meinung** Der Familienunternehmer Reinhold Würth bezieht Stellung gegen die AfD. Das tun immer mehr Unternehmens-Chefs. *Von Caroline Strang und Alexander Bögelein*



**R**einhold Würth ist zu Lebzeiten eine Legende, erfolgreicher Unternehmer, großzügiger, sozial engagierter Mäzen, Kunstförderer und Kunstsammler. Würth, der mit 19 Jahren die Drei-Mann-Schraubenanleitung seines früh verstorbenen Vaters im Jahr 1954 übernahm und sie zu einem Weltkonzern mit heute rund 87 000 Mitarbeitern entwickelte, ist Teil des deutschen Wirtschaftswunders und einer der bekanntesten Familienunternehmer hierzulande. Sein Wort und seine Meinung haben Gewicht – weit über seine Heimatregion Hohenlohe und die Würth-Gruppe hinaus, dem führenden Großhändler und Hersteller von Befestigungstechnik.

Reinhold Würth, langjähriger Chef und Vorsitzender des Stiftungsaufsichtsrats des Würthkonzerns, hat schon in der Vergangenheit immer wieder seine politischen Positionen deutlich gemacht. 2018 warnte er vor einem Rechtsruck in der Gesellschaft. Die Nähe großer Teile der AfD zu braunem Gedankengut erinnere ihn fatal an die Weimarer Zeit, sagte er dem „Spiegel“.

Nun hat der 88-Jährige mit einem Brief an die Beschäftigten der Würth-Gruppe ein großes Medienecho ausgelöst. Darin appelliert er an die Belegschaft und alle Bürger, sorgfältig über ihre Wahlentscheidung nachzudenken. Bloßer Protest oder Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierungskoalition seien als Gründe nicht ausreichend, die AfD zu wählen. Der 88-jährige Unterneh-

mer zeigt sich solidarisch mit Bürgern, die auf die Straßen gehen, um ihre Unterstützung für die bestehenden politischen Strukturen zu zeigen.

Vergleiche zwischen dem Aufstieg der AfD und dem Ende der Weimarer Republik mit der Machtübernahme Adolf Hitlers hält Würth allerdings nun für unzulässig. Der Aufstieg Hitlers sei „Folge einer bittertiefen Notsituation“ aller Deutschen gewesen. Die heutigen Lebensbedingungen in Deutschland seien jedoch weit entfernt von solchen Extremen.

### „Demokratie kostet Geld“

So persönlich und ausführlich wie Würth haben sich bisher nur wenige Unternehmens-Chefs an ihre Belegschaften gewandt. Stellung bezogen sie allerdings doch häufig. Einer, der seine Stimme schon seit Monaten erhebt, ist Harald Christ, früher Vorstand bei der Postbank und der Ergo-Versicherung und inzwischen Inhaber des Beratungsunternehmens Christ&Company. Er war früher Mitglied der SPD, bevor er zur FDP wechselte, ist also nicht nur unternehmerisch, sondern auch politisch aktiv.

Aufsehen erregte Christ im vergangenen Jahr mit einer öffentlichkeitswirksamen Großspende, über die unter anderem „Bild“ berichtete. Er überwies 253 000 Euro an die großen Parteien im Bundestag, nicht aber an die AfD. Erklärt hatte er das mit dem Satz: „Demokratie kostet Geld.“ Mit seiner Großspende wolle er aufrütteln, vor allem Un-

ternehmer dazu bringen, sich gesellschaftlich oder politisch für eine funktionierende Demokratie zu engagieren.

„Wir brauchen gerade jetzt Chefs und Chefinnen, die sich vor ihre Mitarbeiter stellen und Haltung zeigen, gegen Intoleranz, gegen Rechtsextremismus“, sagte Christ im Handelsblatt. „Auf Toleranz und Weltoffenheit beruht unser Geschäftsmodell. Die AfD kostet uns den Wohlstand.“

Auch bisher eher ungewöhnlich: Bei einer Anti-AfD-Demonstration vor einem Monat in Wolfsburg hielt Volkswagen-Konzernchef Oliver Blume eine Rede. „Demokratie und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit“, sagte Blume als einer der Hauptredner bei der von VW mitinitiierten Demonstration laut „Braunschweiger Zeitung“. Und: „Der Volkswagen-Konzern zeigt Haltung. Und das weit über unsere Werkstore hinaus.“

---

## Umsatz erstmals über 20 Milliarden Euro

**Für den Würth-Konzern** mit Sitz in Künzelsau arbeiten mehr als 87 000 Menschen. Das Betriebsergebnis lag im Geschäftsjahr 2023 bei 1,4 Milliarden Euro. Der Umsatz stieg mit 20,4 Milliarden Euro erstmals über die 20-Milliarden-Marke. Das Wachstum hat sich allerdings verlangsamt. 2022 waren die Erlöse noch um rund 17 Prozent gewachsen. Im vergangenen Jahr fiel das Umsatzwachstum mit 2,4 Prozent deutlich verhaltener aus.

Ein paar Tage zuvor hatte sich auch Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing öffentlich geäußert. Rechtspopulisten und -extremisten würden nicht nur spalten. Ihre Konzepte förderten auch einen wirtschaftlichen Niedergang, erklärte er. Auch Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), erklärte mehrfach öffentlich, unter anderem in einem Blogbeitrag auf der Internetseite des Instituts, welche negativen Folgen die AfD-Pläne für Deutschland hätten.

Darüber hinaus sprechen inzwischen immer mehr Unternehmen ihre Kundinnen und Kunden an. So haben sich unter anderem Edeka, Adidas, Telekom und Zalando mit Statements, teilweise auch per Video, klar gegen Rechtsextremismus positioniert.

Auch viele Wirtschaftsverbände veröffentlichten anlässlich der Demonstrationen gegen Rechts Stellungnahmen, darunter der Handelsverband Deutschland (HDE). Es gehe hier nicht nur um ein ökonomisches, sondern um ein zutiefst menschliches Thema, erklärte HDE-Präsident Alexander von Preen. „Es ist gut und es ist an der Zeit, dass alle anständigen Demokraten sich unterbaken und deutlich machen, auf welcher Seite die Mehrheit steht.“ Der Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Siegfried Russwurm, stellte sich hinter die Demonstrationen gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus mit den Worten: „Wehret den Anfängen!“